

## Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/002(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag,  15.09.2009	Altes Rathaus, Beimzimmer	16:30 Uhr	18:30 Uhr

### Tagesordnung:

#### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.08.2009
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Vergabe Kita-Plätze - F0119/09 und S0244/09
- 6 Informationen
- 6.1 Bericht über die Umsetzung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik...  
- I0215/09
- 6.2 Information zur aktuellen Situation im Bereich Wohngeld... -  
I0208/09
- 6.3 Umgang der Träger und Kindertageseinrichtungen mit den  
Befragungsergebnissen... - I0161/09
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Frömert, Regina

**Mitglieder des Gremiums**

Meyer, Steffi

Pott, Alexander Prof.Dr.

Ansorge, Jens

Schuster, Frank

Giefers, Thorsten

**Sachkundige Einwohner/innen**

Frohberg, Michaela

Fund, Claudia

Hausmann, Christian

**Geschäftsführung**

Ponitka, Heike

Uhlemann, Yvonne

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Hein, Rosemarie Dr.

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Frau Frömert begrüßt alle anwesenden MitgliederInnen und Gäste, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Auf Nachfrage von Frau Pawletko wird der TOP 6.3 im Anschluss an TOP 5.1 vorgezogen. Weitere Änderungswünsche liegen nicht vor. Die Tagesordnung wird geändert mit 5 / 0 / 0 bestätigt.

Bevor es in der Tagesordnung weiter geht, werden die sachkundigen EinwohnerInnen von Frau Frömert gem. §§ 30-32 GO LSA über ihre Pflichten belehrt und bestätigen dies mit ihrer Unterschrift.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.08.2009

---

Frau Frömert bittet darum, die Darstellung des Abstimmungsergebnisses unter TOP 7, Abstimmung über die Behandlung der DS0231/09 „Erarbeitung einer neuen Dachmarke für die

Landeshauptstadt Magdeburg“, zu ändern. Die Abstimmung ergab fünf Gegenstimmen und nicht fünf Enthaltungen. Richtig dargestellt lautet es: 1/ 5 / 0.

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 18.08.09 wird geändert bestätigt.

Abstimmung: 5 / 0 / 0

#### 4. Öffentliche Sprechstunde

---

Die öffentliche Sprechstunde wird nicht genutzt.

#### 5. Beschlussvorlagen

---

##### 5.1. Vergabe Kita-Plätze - F0119/09 und S0244/09

---

Zu diesem TOP ist Frau Pawletko vom Jugendamt erschienen. Auf die Einbringung der Stellungnahme wird verzichtet.

Es wird angeregt diskutiert:

- Es herrscht Unverständnis darüber, dass die Findung einer Lösung so schwer scheint.
- Eine langfristige Lösung anzustreben ist sicherlich lobenswert, aber die Eltern brauchen jetzt eine Lösung und Unterstützung. Die „Kita-Card“ wäre eine schnelle Zwischenlösung.
- Viele Träger sind sehr skeptisch.

Der Tenor der StadträtInnen zielt auf die Langwierigkeit der Lösungsfindung ab.

Frau Pawletko sagt dazu, dass leider keine schnelle Lösung gefunden werden konnte bisher. Die in Auftrag gegebene Marktanalyse hat ergeben, dass es derzeit keine geeignete Software auf dem Markt gibt. Zumindest nicht für das, was in Magdeburg umgesetzt werden soll.

Weiter sagt sie, dass sie regelmäßige Termine mit dem Vorstand des Stadtelternbeirates hatte und auch alle die Einladungen und die Protokolle erhalten. Sie hat 2008 und 2009 mit dem Beirat zusammen gesessen. Es wurde auch eine Unterarbeitsgruppe zur AG „Freie Träger“ gegründet. Diese hat die Arbeit bisher noch nicht aufgenommen.

Herr Brüning fügt hinzu, dass ein weiteres großes Problem die Wartelisten der Eltern ist. Die Eltern melden ihre Kinder in verschiedenen Kitas an. Ein Abgleich der Listen kann momentan nicht erfolgen und die Wartelisten sind oftmals sehr lang. Er führt zurzeit Gespräche mit den Trägern dazu. Ein weiteres großes Problem besteht darin, dass wir zurzeit mehr Kinder als Kitaplätze haben. Im November tagt der IUK-Beirat und dann wird es noch einmal eine Information dazu geben.

Frau Pawletko sagt, ein Abgleich der Wartelisten ist extrem aufwendig und kompliziert, weil der Umfang so groß ist (32 Träger und 126 Einrichtungen).

Abschließend merkt Frau Frömert an, dass sich aus ihrer Sicht die Eltern immer an die Stadt wenden werden, denn die Kommune ist hier in der Pflicht.

Die Stellungnahme S0244/09 wird zur Kenntnis genommen (5 / 0 / 0).

### 6.3. Umgang der Träger und Kindertageseinrichtungen mit den Befragungsergebnissen... - I0161/09

---

Frau Pawletko bringt die Information kurz ein:

- Im Sommer 2007 wurde die Auswertung der Elternbefragungen vorgenommen.
- Aufgrund der Ergebnisse wurden z. B. Öffnungszeiten verändert.
- Die Elternbefragung soll 2010/2011 wiederholt werden. Diese Umfrage wird für sehr wichtig erachtet.
- Ende Oktober (28.10.2009) wird eine Fachtagung für die Träger und Einrichtungen stattfinden. Informationen und Einladungen dazu kommen noch.
- Es gibt bereits eine „Hort-AG“.

Es wird angeregt diskutiert.

Herr Hausmann sagt, dass auch das Eltern-Kind-Zentrum bei der nächsten Befragung mit einbezogen werden sollte.

Frau Ponitka macht auf die Themen Verpflegung und Öffnungszeiten aufmerksam und fragt nach, ob der Fragebogen für alle Eltern ausreichend verständlich ist. Auch die Länge des Fragebogens wäre zu überdenken.

Dazu sagt Frau Pawletko, dass vorgesehen ist, die Frageböden zu kürzen. Die große Beteiligung an der letzten Befragung hat aber gezeigt, dass viele Eltern in der Lage waren, die Fragebögen auszufüllen und zusätzlich noch lange geschriebene Texte hinzuzufügen.

Weiter bestätigt sie, dass in die Erstellung der nächsten Fragebögen die Kinderbeauftragte und das Amt 16 einbezogen werden.

Abschließend sagt Frau Frömert, dass sich der Ausschuss nach der nächsten Befragung wieder mit der Auswertung beschäftigen wird.

Die Information I0161/09 wird zur Kenntnis genommen (5 / 0 / 0)

## 6. Informationen

---

### 6.1. Bericht über die Umsetzung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik... - I0215/09

---

*Herr Schuster geht.*

Herr Brink vom Sozial- und Wohnungsamt stellt die Information kurz vor.

Er sagt weiter, dass die Bedarfsgemeinschaften im Halbjahr eine steigende Tendenz aufweisen. Auch die KdU steigen. Dies belastet den Stadthaushalt erheblich.

Es wird kurz diskutiert und folgende Fragen werden gestellt:

- Woran liegt es, dass die Zahlen der arbeitslosen Frauen zurückgegangen sind?
- Führen die Maßnahmen (z. B. AQB) zu einer Vermittlung auf den 1. Arbeitsmarkt?
- Erhalten die BürgerInnen, die in einer solchen Maßnahme sind, damit auch Rentenansprüche?

Herr Brink antwortet:

- Der Rückgang der arbeitslosen Frauen ist vorstellbar auch darauf zurückzuführen, dass mehr Bedarfsgemeinschaften bestehen. Entsprechende Statistiken dazu gibt es leider nicht. Herr Brüning fügt hinzu, dass Vereinbarungen mit der ARGE getroffen wurden, verstärkt Alleinerziehende in Arbeit zu vermitteln. Dies wiederum sind überwiegend Frauen.
- Ob die Maßnahmen (AQB) auch zu einer Vermittlung auf den 1. Arbeitsmarkt führen kann man leider nicht sagen, hier fehlen Statistiken.
- Zu den Rentenansprüchen: Jeder Teilnehmer oder jede Teilnehmerin erhält wie beim Erhalt der „normalen“ Bezüge einen halben Rentenpunkt.

Abschließend wird die Information I0215/09 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

## 6.2. Information zur aktuellen Situation im Bereich Wohngeld... - I0208/09

---

Frau Schäfer, Sozial- und Wohnungsamt, bringt die Information kurz ein:

- Um einem „Stau“ wie 2002 vorzubeugen, wurde vorgesorgt und entsprechende Voraussetzungen geschaffen.
- Es wurden Absprachen getroffen, um Versorgungsausfälle zu vermeiden.
- Bis Ende 2009 wurde vom OB zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt.
- In Magdeburg liegt der Anstieg nicht wie angekündigt bei 72 %, sondern bei fast 150 %.
- Die weitere Entwicklung bleibt nun abzuwarten. Ggf. wird dann noch einmal Hilfe in Form von erfahrenden MitarbeiterInnen „beantragt“.

Herr Prof. Pott fragt, wie viele Anträge abgelehnt werden.

Frau Schäfer antwortet, ca. 30 %.

Es wird kurz diskutiert und die Frage aufgeworfen, ob der Aufwand verringert werden könnte, da 30 % der Anträge abgelehnt werden. Ist es nicht möglich im Schnellverfahren zu prüfen?

Herr Brüning sagt dazu, dass ein kurzer Check nicht möglich ist, weil zu viele individuelle Fakten beachtet werden müssen. Außerdem ist es gewünscht, dass so viele BürgerInnen wie möglich einen Antrag stellen. Jeder genehmigte Antrag bedeutet für die Kommune, dass Kosten

der Unterkunft gespart werden. Wohngeld kommt vom Bund und die Kosten der Unterkunft gehen zu Lasten des Haushaltes der Landeshauptstadt.

Abschließend wird die Information I0208/09 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

## 7. Verschiedenes

---

Auf der Grundlage der Information I0221/09 „Terminplanung 2010“ werden die Termine für die Ausschusssitzungen in 2010 bekannt gegeben. Frau Uhlemann verteilt die entsprechende Auflistung an alle anwesenden MitgliederInnen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Regina Frömert  
Vorsitzende

Yvonne Uhlemann  
Schriftführerin